



ASIEN/JAPAN - Bischöfe: „Atomausstieg und alternative Energiegewinnung sind eine moralische Pflicht mit Blick auf die Zukunft“

Sendai (Fidesdienst) – „Wir müssen verantwortungsbewusst in die Zukunft blicken und dabei an künftige Generationen denken: Umweltschutz und der Schutz der künftigen Generationen sind für uns eine moralische Pflicht. Aus diesem Grund sind ein Atomausstieg und die Entwicklung alternativer Energiequellen dringend notwendig“, so der Vorsitzende der Asienabteilung von Caritas Internationalis, Bischof Isao Kikuch (svd) von Niigata, zum Fidesdienst in einem Kommentar zu einem heute veröffentlichten Dokument der katholischen Bischofskonferenz mit dem Titel „Atomausstieg jetzt: Konsequenzen aus dem tragischen Unfall von Fukushima“. Das Dokument der Bischöfe wurde am Rande der Vollversammlung der Bischofskonferenz in Japan veröffentlicht, die in den vergangenen Tagen in Sendai, der am meisten von dem Nuklearunfall betroffenen Diözese stattfand, in der sich das AKW Fukushima befindet.

Die Bischöfe wenden sich in ihrem Dokument an die Regierung und alle japanischen Bürger und fordern „den sofortigen Ausstieg aus der Produktion nuklearer Energie“. Gleichsam rufen sie zur Entwicklung „alternativer und sicherer Energiequellen“ auf. Sie erinnern daran, dass es im ganzen Land insgesamt 54 Atomkraftwerke gibt und „die Gefahr weiterer Katastrophen ähnlich wie in Fukushima besteht“. Deshalb appellieren sie an die „dem Japanischen Volk eigene Kultur und Weisheit“.

Bischof Kikuch betont im Gespräch mit dem Fidesdienst: „Nach der Katastrophe in Fukushima war eine Reflexion notwendig. Wir fordern unsere Mitbürger zu einem Wandel und zu einer Vereinfachung im eigenen Leben auf. Heute haben die meisten Menschen in unserem Land Angst vor den negativen Auswirkungen der Atomkraft. Andere denken, dass eine Änderung des Lebensstils eines ganzen Landes unmöglich ist und man deshalb die Atommeiler nicht vom Netz nehmen kann. Wir haben uns als Bischöfe des Landes mit der Frage befasst und werden vielleicht dafür kritisiert werden, doch in Wirklichkeit sind das Leben und die Schöpfung das wichtigste Gut, das wir besitzen. Dies muss gesagt werden.“

„Wir fordern von der Regierung größere Investitionen in neue Energiequellen, wie zum Beispiel die Sonnenenergie“, so der Bischof abschließend. Gewiss, mit unserem Dokument wollen wir keine Politik machen, sondern vielmehr religiöse und soziale Anliegen vertreten. Wir hoffen auf die Unterstützung der Gläubigen aller Religionen.“ (PA) (Fidesdienst, 10/11/2011)